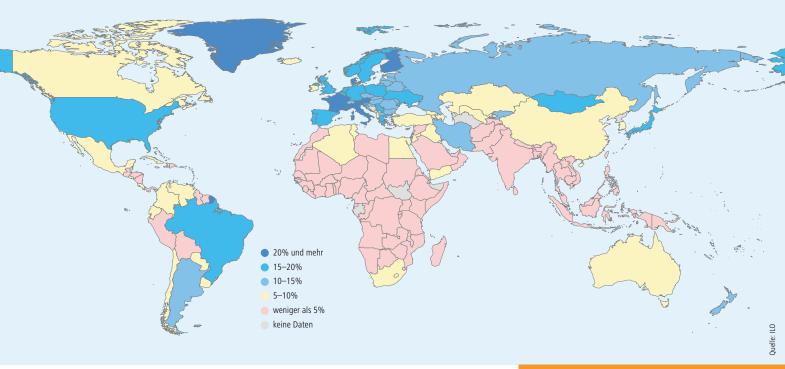


NEWSLETTER

NORD SÜD *news* 1/2022



Öffentliche Ausgaben für soziale Sicherung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, 2020

Soziale Absicherung

Sozialer Grundschutz weltweit ist finanzierbar

Wegen der Corona-Krise haben viele Länder die Sozialleistungen gekürzt. Jetzt sei der Moment, ein neues Sozialschutzsystem aufzubauen, erklärt die Internationale Arbeitsorganisation. Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen bringen eine Idee dafür voran: den Globalen Fonds für Soziale Sicherheit.

Nicht einmal jeder zweite Mensch auf der Erde ist durch soziale Grundsicherung geschützt. Der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zufolge werden nur 47 Prozent der Weltbevölkerung durch mindestens eine Sozialschutzleistung vor Verelendung bewahrt. Die regionalen Unter-

schiede sind enorm: Während in Europa 84 Prozent der Menschen Anspruch auf wenigstens eine Sozialleistung haben, sind es in Asien und dem pazifischen Raum nur 44 Prozent, in Afrika sogar nur 17,4 Prozent. Nur eine von drei Personen mit schweren Handicaps weltweit erhält eine Invalidenleistung, und nur 18,6 Prozent aller Arbeitnehmer_innen weltweit sind gegen Erwerbslosigkeit abgesichert.

Mit der Pandemie ist vor allem im Globalen Süden der vorhandene geringe Sozialschutz noch weiter geschwächt worden. In ihrem Weltbericht zur Sozialen Sicherung 2020-2022 kommt die ILO zu dem Ergebnis, dass die Finanzierungslücke für ein Minimum an sozialer →

Inha

IIIIait
Soziale Absicherung Sozialer Grundschutz weltweit ist finanzierbar
Der Kommentar: Es geht um ein Menschenrecht S. 3
Informelle Beschäftigung: Sozialsysteme, die sich auf die existenziell Armen konzentrieren, reichen nicht
Indien: Registrierung als Anfang S. 5
Plattformökonomie: »Sie müssen die langfristige Perspektive mitbedenken« S. 6
Aus den Projekten Wider die Kultur des Machismus S. 7
In Kürze Neue Projekt-Datenbank 200 Millionen vom BMZ EU-Entwurf zur Lieferkette Plastik-Abkommen in Sicht

www.nord-sued-netz.de NORD SÜD NETZ



Werden Ältere wie er weltweit besser abgesichert? – Die Bundesregierung verspricht, den Globalen Fonds für Soziale Sicherheit zu wunterstützen«

→ Sicherung durch die Corona-Krise nochmal größer geworden ist — um 30 Prozent. »Jetzt ist ein entscheidender Moment, um die Pandemie für den Aufbau neuer, auf Rechten basierender Sozialschutzsysteme zu nutzen«, sagt ILO-Generaldirektor Guy Ryder.

Das sieht auch Hajo Lanz so, Direktor des UN-Verbindungsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Genf. »Die Pandemie hat uns noch einmal vor Augen geführt, wie desaströs die Lage für viele Menschen im Globalen Süden ist«, sagt er. »Die Weltgemeinschaft muss sich diesem Problem stellen.«

Schon 2012 haben die 181 Mitgliedsländer der ILO die Empfehlung Nr. 202 einstimmig verabschiedet, dass in allen Ländern soziale Grundsicherungen verankert werden sollen. Dazu gehören der Anspruch auf eine finanzielle Grundabsicherung für Kinder, für Alte und für Menschen, die zum Beispiel wegen Invalidität, Mutterschaft oder Arbeitslosigkeit kein Einkommen haben, sowie eine Basisgesundheitsversorgung. »Wie das im Detail ausgestaltet ist, bestimmt das jeweilige Land in Entsprechung seiner Rahmenbedingungen«, erklärt Lanz.

Die Global Coalition for Social Protection Floors, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung mitgegründet wurde, hat die ILO-Empfehlung vorangetrieben. Die Koalition besteht mittlerweile aus mehr als 100 Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften. Doch seit 2012 ist wenig geschehen.

»Nur ein Prozent der Entwicklungsgelder fließen in soziale Sicherungssysteme«, sagt Lanz. In vielen Staaten gebe es nach wie vor eine gravierende Lücke zwischen dem, worauf die Bürger_innen einen menschenrechtsbasierten Grundanspruch haben, und der Realität. Eine Reihe von Ländern könne diese Lücke – bei vorhandenem politischen Willen – selbst füllen. Mindestens 25 Staaten könnten das aber nicht. Dazu gehörten in erster Linie Ruanda, Niger, Togo, Liberia, Haiti, Guinea-Bissau, Mosambik, Madagaskar, die Zentralafrikanische Republik, Malawi, Burundi und die Demokratische Republik Kongo. »Diese Länder kommen nicht mit eigenen Mitteln aus der Misere«, sagt Lanz.

Solche Staaten brauchen Unterstützung. Darum hat die Mitgliederversammlung der ILO die ILO-Führung im vergangenen Jahr beauftragt, konkrete Vorschläge für einen neuen solidarischen internationalen Finanzierungsmechanismus zu erarbeiten. Die Global Coalition for Social Protection Floors hat dazu bereits einen Vorschlag entwickelt, der von mehr als 200 zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften weltweit mitgetragen wird: den Global Fund for Social Protection, in deutsch: Globaler Fonds für Soziale Sicherheit. Er ist auch auf der politischen Ebene schon aufgegriffen worden.

Die Bundesregierung will ihn »unterstützen« — das versprechen SPD, Grüne und FDP in ihrem Koalitionsvertrag. Deutschland hat 2022 die G7-Präsidentschaft inne. Sie könnte den Fonds im Kreis der reichsten Industriestaaten voranbringen. Und das könnte Anstoß dafür sein, dass etwa die UNO den globalen Fonds zur Sozialsicherung auf die Tagesordnung setzt. Auch in Frankreich, Belgien, Großbritannien und vielen Ländern des Globalen Südens hat das Konzept viele Befürworter_innen.

Die ILO schätzt, dass weniger als 78 Milliarden US-Dollar jährlich für knapp 50 arme Länder benötigt würden, um soziale Basisschutzsysteme einzurichten. Das ist weniger als das, was Industrieländer an Entwicklungshilfe leisten. Würde sich der Fonds auf die zwölf Länder konzentrieren, die mehr als zehn Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für die Grundabsicherung benötigen, seien jährlich 15 Milliarden Dollar erforderlich, sagt Lanz: »Das ist ein überschaubarer Rahmen.« Davon profitieren würden rund 150 Millionen Menschen.

Der Fonds könnte von internationaler Seite zum Beispiel durch die Entwicklungsbeiträge der reichen Staaten gespeist werden, aus einer globalen Finanztransaktionssteuer oder mit der Aktivierung der Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds, der Währungsreserven der Organisation. Die Entwicklungsorganisation Oxfam sieht die Super-Reichen in der Pflicht. Nach einer Studie von Oxfam haben aufgrund der hohen Corona-Belastungen mehr als 100 Länder Sozialleistungen gekürzt, während Super-Reiche noch wohlhabender wurden. Die zehn reichsten Personen der Welt besitzen demnach zusammen gewaltige 1.500 Millionen US-Dollar.

Nach den Vorstellungen der Global Coalition for Social Protection Floors und ihrer Unterstützer innen sollen Empfänger, Geber und auch

»Das Hauptgewicht liegt darauf, im Land selbst Gelder zu mobilisieren.«

Hajo Lanz, FES

Vertreter_innen der Zivilgesellschaft an den Entscheidungen über die Geldverteilung beteiligt werden – und sie kontrollieren.

Der Fonds soll die Empfängerländer in die Lage versetzen, die eigenen Ausgaben für soziale Sicherheit schrittweise zu erhöhen. »Das Hauptgewicht liegt darauf, im Land selbst Gelder zu mobilisieren«, erklärt Lanz. Die Idee: Länder sollen nach einer Anschubfinanzierung durch den Fonds selbst für die soziale Sicherung aufkommen. Das könnte durch effizienter eingetriebene oder höhere Steuern, Maßnahmen gegen Kapitalflucht oder Korruption geschehen — je nach Lage des Landes.

Lanz plädiert dafür, dass der Fonds mit einer Konvention flankiert wird, mit der die ILO-Empfehlung zur sozialen Sicherung von 2012 einen verbindlichen Charakter bekommen würde. Ratifizieren Staaten die Konvention, könnten Bürger_innen soziale Sicherungen einklagen.

Autorin: Anja Krüger arbeitet als Journalistin in Berlin.



Es geht um ein Menschenrecht

Gewerkschaften müssen sich beim Aufbau sozialer Sicherungssysteme für Partizipation und Rechenschaftspflichten einsetzen, fordert der Experte für Entwicklungszusammenarbeit Professor Markus Kaltenborn.

Soziale Sicherheit ist ein Menschenrecht – das ist vielen gar nicht bewusst, weil man mit Menschenrechten eher den Schutz vor Freiheitseinschränkungen oder die Rechte auf Leben, körperliche Unversehrtheit, auf Nahrung und Bildung in Verbindung bringt. Dabei ist soziale Sicherheit vermutlich dasjenige Menschenrecht, das tagtäglich am häufigsten verletzt wird. Die Internationale Arbeitsorganisation schätzt, dass rund 4,1 Milliarden Menschen, also mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung, keinen Zugang zu den sozialen Sicherungsleistungen haben, die ihnen nach den menschenrechtlichen Vorgaben zustehen würden.

Die Gründe, warum Menschen in soziale Not geraten können, sind vielfältig: Es gibt individuelle Risiken wie Krankheit, Jobverlust oder altersbedingtes Ausscheiden aus dem Erwerbsleben und externe Risiken wie Pandemien, Kriegsereignisse oder klimabedingte humanitäre Katastrophen. Maßnahmen der sozialen Sicherheit haben zum Ziel, Vorsorge gegen solche Risiken zu leisten. Mit ihrer Hilfe soll extreme Armut im besten Fall gar nicht erst entstehen, zumindest aber sollen ihre Auswirkungen abgemildert werden. Darüber hinaus gibt es einige weitere Effekte, die mit dem Ausbau der sozialen Sicherheit verbunden sind – zum Beispiel mehr gesellschaftliche Kohärenz und Geschlechtergerechtigkeit, vor allem aber weniger soziale Ungleichheit.

Eine wesentliche Ursache dafür, dass die Mehrheit der Weltbevölkerung nicht ausreichend sozial abgesichert ist, besteht darin, dass in den meisten Ländern des Globalen Südens nur ein kleiner Teil der erwerbsfähigen Personen in formellen Beschäftigungsverhältnissen arbeitet. Die große Zahl der Menschen dort ist im informellen Sektor tätig – etwa als Landarbeiter_innen, als

Soziale Sicherheit ist vermutlich dasjenige Menschenrecht, das tagtäglich am häufigsten verletzt wird.

Kleinselbstständige oder auch als abhängig Beschäftigte in den vielen formell nicht registrierten Betrieben. Sie werden in der Regel nicht durch staatliche oder betriebliche Sicherungssysteme und erst recht nicht durch Privatversicherungen geschützt, sondern sind auf die Unterstützung durch die Familie oder andere informelle Netzwerke angewiesen. Um auch diese Menschen und ihre Kinder abzusichern, ist eine deutliche Ausweitung der staatlichen Hilfsangebote z.B. über Cash-transfer-Programme oder kostengünstige Gesundheitsdienstleistungen notwendig.

Das Menschenrecht auf soziale Sicherheit verlangt allerdings nicht nur, dass Staaten ihrer Bevölkerung das notwendige Minimum an Sozialleistungen zur Verfügung stellen. Vielmehr müssen die Betroffenen auch die Möglichkeit erhalten, auf die Ausgestaltung der Schutzprogramme Einfluss zu nehmen. Außerdem sollten für sie Überprüfungs- und Beschwerdemöglichkeiten bereitstehen, die es ihnen erlauben, Probleme bei der Implementierung der Programme frühzeitig aufzudecken und sich gegebenenfalls auch dagegen zur Wehr zu setzen. Damit diese beiden Komponenten eines menschenrechtsbasierten Sozialschutzes - Partizipation und Rechenschaftspflicht – umgesetzt werden können, bedarf es der Mithilfe sowohl engagierter Gewerkschaften als auch von Organisationen, die Arbeitende im informellen Sektor vertreten. Ihnen kommt beim Aufbau sozialer Sicherungssysteme eine außerordentlich wichtige Funktion zu, deren Bedeutung sich zunehmend auch auf internationaler Ebene zeigt.

Denn auch wenn soziale Sicherung eine Aufgabe ist, die letztlich jedes Land selbst aus seinen eigenen Mitteln bestreiten muss, so gibt es doch einige Staaten, die aufgrund ihrer schwierigen wirtschaftlichen Situation - jedenfalls kurz- und mittelfristig – dazu nicht in der Lage sind. Während der Corona-Pandemie ist daher der Ruf laut geworden, dass sich die internationale Gemeinschaft an der Finanzierung der Schutzsysteme in diesen Ländern in einer Übergangsphase stärker beteiligt. Der zu diesem Zweck von UN-Menschenrechtsexperten vorgeschlagene Globale Fonds für soziale Sicherheit könnte einen ganz wesentlichen global-solidarischen Beitrag dazu leisten, dass das Menschenrecht auf soziale Sicherheit nicht weiterhin ein Privileg der reicheren Hälfte der Weltbevölkerung bleibt. Die neue Bundesregierung hat sich vorgenommen, diese Initiative weiter voranzubringen. In den Gremien eines solchen Finanzierungsmechanismus sollten zivilgesellschaftliche Akteure mitarbeiten, die Arbeitnehmer_innen und Menschen im informellen Sektor vertreten. Das ist wichtig, weil sie es sind, die oft über genaue Kenntnisse der Situation auf Länder- und Regionalebene verfügen und daher in der Lage sind, die Anliegen der besonders schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen in den Entscheidungsverfahren des Fonds zu artikulieren.



Gespräch in einem Arbeitsamt in Oregon: Auch in den USA fallen viele Landarbeiter_innen durch das Soziale Netz

Autor: Markus Kaltenborn ist Professor für Öffentliches Recht an der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum. Einer seiner Forschungsschwerpunkte ist das

> Recht der Entwicklungszusammenarbeit. Er ist auch Direktor des Instituts für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik (IEE) der Ruhr-Universität Bochum



Sozialsysteme, die sich auf die existenziell Armen konzentrieren, reichen nicht

Vor der Pandemie arbeiteten 51 Prozent der Erwerbstätigen weltweit im informellen Sektor. In den meisten Ländern haben sie kaum von Hilfsleistungen profitiert. WIEGO-Direktorin Laura Alfers über Lehren aus der Krise.

Nord | Süd news: Frau Alfers, die sozialen Sicherungssysteme erfassen informell Beschäftigte nur marginal, wenn überhaupt. Von der Covid-Pandemie sind diese jedoch besonders stark betroffen, deswegen sollten Hilfen vielerorts unbürokratisch verteilt werden. Wie gut hat das geklappt?

Laura Alfers: Wir sind nicht gut zu ihnen durchgedrungen. Wir haben zwei Studien gemacht - in den ersten drei Monaten 2020 und in der zweiten Welle während der folgenden 12 Monate. Die Ergebnisse zeigen: Weniger als die Hälfte unserer untersuchten Gruppen hat tatsächlich irgendeine Art von Hilfe erhalten, insbesondere Bargeld oder Nahrungsmittelhilfe.

Woran lag das?

Informell Beschäftigte sind in den staatlichen Datenbanken weitgehend unsichtbar. Wir haben zum Beispiel gesehen, dass es im peruanischen Lima informelle Arbeiter_innen gab, die für die ausgezahlten Zuschüsse in Frage kamen. Sie waren aber nicht in der Datenbank aufgeführt – das Register war veraltet. Oft tauchen informell Beschäftigte in solchen Registern gar nicht auf. Allerdings sind viele informell Beschäftigte auch nicht arm genug, so dass sie für diese Art von Unterstützung nicht in Frage kommen auch sie bleiben außen vor.

Hat die digitale Kluft eine Rolle gespielt?

Vor allem in den ersten Tagen der Auszahlung haben viele Regierungen – unter anderem die in Südafrika – darauf gesetzt, dass die Hilfen über Konten und sogenannte E-Wallets (etwa google oder apple pay - die Red.) per Smartphone beantragt und ausgezahlt werden könnten. Viele informell Beschäftigte besaßen aber keine Bankkonten und hatten auch keinen Zugang zu solchen Bezahldiensten. So hatten sie keine Möglichkeiten, persönlich nachzufragen, warum Anträge abgelehnt wurden.

Was haben Organisationen wie WIEGO getan, um die soziale Sicherung im informellen Sektor zu verbessern?

Wir unterstützen ja in erster Linie die Organisationen von informell Beschäftigten, damit diese sich dann in deren Namen für bessere Sozialversicherungssysteme einsetzen können. Wir vermitteln aber auch zwischen Arbeitnehmer_innen und international tätigen Organisationen sowie Regierungen. In Südafrika zum Beispiel bringen wir gerade Organisationen von Hausangestellten mit Mitteln von UN Women (die Einheit der Vereinten Nationen für Gleichberechtigung – die Red.) zusammen, um die Versäumnisse der Arbeitslosenversicherung zu untersuchen. Wir unterstützen sie darin, Forderungen zu entwickeln, die sie gemeinsam den Regierungsvertreter_innen vorlegen können. Wir hoffen, dadurch ein echtes Gespräch zu initiieren, welche Reformen notwendig sind.

In einigen Ländern ist es besser gelungen, die informell Beschäftigten in die Pandemiehilfen miteinzubeziehen – was haben sie anders gemacht?

In der thailändischen Stichprobe unserer Studie hatten die meisten Menschen Zugang zu

systeme, die sich auf die existenziell Armen konzentrieren. reichen nicht aus, denn sie lassen viele arbeitende Menschen ohne sozialen Schutz. Hier scheint es zwar einen Vorstoß von Akteuren wie der Weltbank zu geben, die meinen, dass ein umfassendes Sozialschutzsystem ein Sicherheitsnetz für die Ärmsten und Ansparkonten für die Nicht-Armen beinhalten müsste. Das Problem dabei ist aber, dass selbst weniger arme informelle Arbeiter_innen nicht regelmäßig genug verdienen, um einen sinnvollen Beitrag auf ein Sparkonto einzuzahlen.

Was wäre Ihrer Meinung nach besser?

Wir brauchen eine universelle Sozialhilfe. Dazu können Instrumente wie Kindergeld und Sozialrenten gehören. Wir müssen dabei aber kreativ denken, damit die Finanzierung dann



Heimarbeiter_innen wie diese Bespanner_innen in Indonesien fallen aus allen Sicherungssystemen

Hilfsmaßnahmen. Das liegt daran, dass Thailand innovative Geldtransfer- und Unternehmensförderungsprogramme eingeführt hat, die auf die informelle Wirtschaft abzielen. Beeindruckend war, wie sie dabei mit den Organisationen der informell Beschäftigten zusammengearbeitet haben. Auch in Argentinien hat man 2020 informelle Arbeitnehmer_innen in den sozialen Dialog einbezogen, als man Ausschüsse für soziale Notlagen eingerichtet hat. Das ist besonders, denn meist sind sie ausgeschlossen, weil sie nicht als organisierte Arbeiter_innen angesehen werden. In Argentinien spielten sie nun eine wichtige direkte Rolle bei der Interaktion mit der Regierung und erreichten schließlich eine Aufstockung der Nahrungsmittelhilfe.

Das Fazit Ihrer Untersuchungen?

Eine der großen Herausforderungen der Zukunft besteht darin, dass die Sozialschutzsysteme alle Menschen abdecken müssen. Sozialnicht wiederum zu Lasten der Ärmsten geht. Ihre wirtschaftliche Situation muss sich auf jeden Fall verbessern. Sie brauchen Zugang zu Märkten, zu städtischer Infrastruktur und gegebenenfalls auch zu Kapital, um das Einkommen zu unterstützen. Ganz wichtig ist der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Kinderbetreuung besonders für Frauen, damit sie ihr eigenes Auskommen sichern können.

Das Interview führte Martina Schwikowski. Sie ist Journalistin und hat viele Jahre als Korrespondentin aus dem südlichen Afrika berichtet.

Laura Alfers ist Direktorin des Programms für sozialen Schutz bei der Nonprofit Organisation Women in Informal Employment: Globalizing and Organizing (WIEGO). WIEGO unterhält ein globales Netzwerk, das sich in der Forschung und politisch im Interesse von Frauen engagiert, die außerhalb des offiziellen Sektor arbeiten.



Registrierung als Anfang

Bis zu 90 Prozent der Inder_innen arbeiten im informellen Sektor. Sie werden kaum gehört und sind meist nicht abgesichert – auch wenn sie Wege gefunden haben, sich zu organisieren. Mit einem zentralen Meldeportal will die Regierung Abhilfe schaffen.

Es seien die kleinen Erfolge, die ihr Hoffnung geben, sagt Fatima Shaikh. Die 41-jährige gebürtige Südinderin sitzt im Treffpunkt der lokalen Frauengewerkschaft LEARN in der westindischen Metropole Mumbai. Das Büro im Slum Dharavi ist Anlaufstelle für Hausangestellte, Bekleidungsarbeiterinnen oder Straßenhändlerinnen. Einen dieser Teilsiege hat Shaikh am Vortag erreicht, als sie den Fall einer Klientin lösen konnte. Die Frau hatte Probleme mit der staatlich subventionierten Lebensmittelzuteilung, weil die Qualität des Getreides sehr schlecht war – über die Hälfte war nicht zu verwenden. Shaikh konnte dem Händler klarmachen, dass er das Getreide umtauschen muss. Dabei half ihr ihre Position als Gewerkschaftsführerin, die sie mit einem Ausweis belegen konnte.

Frauen wie Shaikh und ihre Klientin sind auf subventioniertes Getreide angewiesen. Bis zu 3,5 Kilo davon stehen Familien in Indien pro Monat zu, je nachdem, wie nah sie sich an der Armutsgrenze befinden. Aber nur wer eine Lebensmittelkarte hat, die zugleich als Ausweisdokument gilt, kann diese Hilfe in Anspruch nehmen. Und diese überlebensnotwendige Karte zu bekommen, ist nicht leicht.

Ein anderes Beispiel ist ein Unterstützungsprogramm für Haushälterinnen im westindischen Mahrashtra, das ebenfalls in der Pandemie stark gefragt ist. Auch hier flossen die Hilfen über Datenbanken, in denen informelle Arbeiter_innen registriert sind. Das wiederum ist vielen Bezugsberechtigten nicht klar oder zu mühsam.

An dieser Stelle setzen die Frauen von LEARN Mahila Kamgar Sanghatana (LMKS) an, einer Gewerkschaft, die Frauen im informellen Sektor organisiert und in den westindischen Städten Mumbai und Nashik etwa 8.000 Mitglieder hat, häufig Arbeitsmigrant_innen: Sie klären über die staatlichen Sozialprogramme auf – und zeigen, wie die Frauen ohne teuren Vermittler Zugang dazu haben. Ganz wichtig ist es, sagen sie ihnen immer wieder, dass sie sich registrieren lassen.

Seit Jahren führen die Bundesstaaten diese Listen über die vielen informellen Arbeiter_innen in Indien, die bis zu 90 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung ausmachen. Das Problem: Die Dokumente müssen jedes Jahr erneuert werden. Ohne die Hilfe von LMKS ist das ein aufwändiger Prozess.



Frauen aus den indischen Bundesstaaten Bihar, Uttar Pradesh, Karnataka oder Andra Pradsh arbeiten als Gewerkschaftsführerinnen in Dharavi

»Identitätsdokumente waren schon immer ein Problem für informell Beschäftigte, insbesondere für Migranten, Flüchtlinge und Frauen, die etwa aufgrund von Heirat umziehen", sagt Indira Gartenberg, Sekretärin von LEARN. Die Aufklärung über Rechte ist ihr Hauptanliegen, das sie seit 2008 verfolgt. Sie weiß, dass die Anerkennung aller Arbeitnehmer_innen einer der Schritte ist, mit denen das ILO-Übereinkommen über Heimarbeit von 1996 umgesetzt werden soll. Deshalb begrüßt sie sehr, dass 2021 ein neues — zentrales — Meldeportal für Arbeiter_innen eingeführt wurde: E-Sharm.

»Tatsächlich sind es die Frauen, die für die nötige finanzielle Stabilität sorgen.« Indira Gartenberg

Wenn das Arbeitsministerium Lichtbildausweise ausgebe, sei das auch »ein notwendiger Schritt, um die riesige Zahl der informell Beschäftigten und ihren Beitrag zur indischen Wirtschaft und Gesellschaft sichtbar zu machen«, sagt die Arbeitsforscherin. Denn bislang seien informelle Arbeiter_innen im Wesentlichen unsichtbar und in den meisten politischen Diskussionen und Gesetzgebungsprozessen unterrepräsentiert.

»E-Sharm könnte eines Tages zu einer Formalisierung der informell Beschäftigten führen, die notwendig ist«, hofft Gartenberg. Das wäre die Basis, um weitere Rechte wie existenzsichernde Löhne einzufordern. Auch wenn die In-

formationen zugleich etwa für Wahlpropaganda missbraucht werden könnten: Die Vorteile überwögen.

Nach Angaben der Regierung haben sich bisher über 260 Millionen Inder_innen von 16 bis 59 Jahren auf dem E-Sharm-Portal angemeldet, das ihnen Leistungen wie einen kostengünstigen Unfallversicherungsschutz verspricht. Das Programm läuft gerade erst an, doch es macht schon den Anteil an arbeitenden Frauen sichtbar. Aus der Praxis wissen Organisationen wie LEARN, dass viel mehr Frauen erwerbstätig sind, als in den Statistiken auftauchen.

»Tatsächlich sind es die Frauen, die für die nötige finanzielle Stabilität sorgen, wenn Männer arbeitslos oder verletzt sind", erklärt Gartenberg. Ihre Einkommen seien angesichts der Folgen der Pandemie von entscheidender Bedeutung. Denn in den vergangenen beiden Jahren habe die Regierung die informellen Arbeiter_innen nicht ausreichend unterstützt. Oftmals mussten zivilgesellschaftliche Organisationen wie Nichtregierungsorganisationen oder Gewerkschaften einspringen, um die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen. Während der Pandemie seien Arbeitsbehörden sogar nachlässig geworden und hätten Covid-19 als Vorwand genutzt, um Anträge und Sonderzahlungen zu verzögern.

Shaikh und ihre Kolleginnen vom LMKS lassen sich davon nicht einschüchtern. Im Gegenteil, ihre kleinen Erfolge spornen sie an.

Die Autorin: Natalie Mayroth lebt und arbeitet als Journalistin in Mumbai.

»Sie müssen die langfristige Perspektive mitbedenken«

Wirtschaftswissenschaftler Enzo Weber plädiert für eine Digital Social Security, kurz: DSS, für Beschäftigte der Plattform-Ökonomie, die derzeit zumeist als selbstständig gelten. Die bessere Absicherung sei auch im Sinne der Auftraggebenden, sagt er.

Nord | Süd news: Herr Weber, ob Lebensmittelkurier oder Crowdworkerin – eines der großen Probleme der Plattformökonomie ist, dass die Arbeiter_innen in der Regel nicht sozial abgesichert sind. Wie groß ist das Problem?

Enzo Weber: Das ist sehr unterschiedlich je nach Land und Art der Absicherung. Aber als Muster kann man sagen: Bei Krankenversicherungen sieht es in der Regel noch relativ gut aus, Renten liegt im mittleren Bereich, bei Arbeitslosen- und Unfallversicherung ist die Abdeckung niedrig. Global stehen viele Länder vor der gleichen Herausforderung: Die sozialen Sicherungssysteme beruhen auf den Strukturen, in denen der Betrieb der Dreh- und Angelpunkt der Arbeit war. Dementsprechend ließen sich Regulierungen an den Betrieb andocken. Mit der Plattformwirtschaft hat sich das verschoben. Denn es ist durchaus üblich, dass die Arbeiter_innen ständig andere Auftraggeber haben.

Wie groß ist die Zahl der Plattformarbeiter_innen?

Die Studien dazu sind mit einigen Unschärfen behaftet, aber was man sagen kann: In der EU dürfte Plattformarbeit für ein, zwei Prozent der Beschäftigten der Hauptjob sein. Das sind immerhin mehr Menschen, als in der Zeitarbeit tätig sind. Geht es darum, wer zumindest ab und zu über Plattformen vermittelte Jobs annimmt, kommt man auch in den niedrigen zweistelligen Bereich.

Dienstleistung

Vergütung

Überweisung

der eingegan-

genen Beiträge

Sie schlagen eine Digital Social Security (DSS) für Plattformarbeiter innen vor. Wie soll die aussehen?

Mein Vorschlag ist, dass wir das Konzept von sozialversicherungspflichtiger Arbeit digital auf die Plattformen übertragen. Wenn ein Job abgeschlossen ist, soll ein festgelegter Prozentsatz des Entgelts auf ein DSS-Konto fließen. Das soll für die Arbeiter_innen auch transparent sein. Es wäre dann auch egal, in welchem Land sich der Auftraggeber befindet, maßgeblich ist, zu

> »Wenn ein Job abgeschlossen ist, soll ein festgelegter Prozentsatz des Entgelts auf ein DSS-Konto fließen.«

> > Enzo Weber, IAB

welchem sozialen System der oder die Arbeitende gehört. Technisch wäre das auch effizient umzusetzen. Man bräuchte eine digitale Schnittstelle und dann könnten etwa unterschiedliche Beitragssätze je nach Land angepasst werden.

Das klingt sehr einfach – was sind die Hürden bei der Umsetzung?

Die erste ist die politische Entscheidung: Ja, wir möchten diese Menschen absichern. Im Normalfall gelten die derzeit als selbstständig, wobei viel vermutlich auch in der Grauzone zwischen selbstständig und abhängig beschäftigt stattfindet. Der zweite Schritt wäre die Umsetzung mit den Plattformen. Dabei sollte man klar machen, dass eine bessere Absicherung der Arbeiter innen auch in ihrem Sinne wäre.

Warum sollte das im Sinne der Plattformen

Auf dem derzeitigen Modell lassen sich

Icons:

(https://fontawesome.com):

icenses/by/4.0)

kaum Karrieren oder auch nur langfristige Arbeitsverhältnisse aufbauen. Denn die Menschen werden, wann immer sich ihnen die Gelegenheit bietet, in ein Beschäftigungsverhältnis wechseln, was ihnen bessere Absicherung bietet. Wenn die Plattformen aber wollen, dass die über sie vermittelte Arbeit in einer guten Qualität geleistet wird, dann müssen sie die langfristige Perspektive mitbedenken. Das würde wiederum dazu beitragen, dass die Plattform für mehr Menschen attraktiv wird und sie den suchenden Unternehmen eine bessere Auswahl an potenziellen Arbeitskräften bieten könnten. Und dazu kommt natürlich, dass die Plattformen ihr Image verbessern würden – für sich selbst und für die über sie vermittelten Tätigkeiten.

Gibt es schon irgendwo entsprechende Ansätze?

In mehreren Ländern entwickeln sich Ansätze in diese Richtung. In Frankreich etwa, in Estland oder Indonesien.

Unabhängig von Plattformen kann Arbeit unterschiedlich stark formell reguliert sein. Wie kann eine DSS für alle funktionieren?

Der Ansatz zwingt nicht dazu, irgendetwas zu vereinheitlichen. Sondern es geht darum, eine technische Schnittstelle zu schaffen, die von jedem Land nach individueller Rechtslage genutzt werden kann. Das Geld wird zwar von den Plattformen gesammelt, aber jedes Land entscheidet selbst, welche Sozialversicherungszweige wie viel bekommen und wie hoch die Beitragssätze sind. Natürlich könnten auch einzelne Länder die Plattformen dazu verpflichten. Aber es international zu machen oder zumindest als Staatengemeinschaft wie die EU, hat Vorteile - zum Beispiel, was die Durchsetzbarkeit der Regeln angeht.

Würde eine Digital Social Security die Probleme von Plattformarbeit lösen?

Sicher nicht komplett. Plattformarbeit kann dann immer noch Ausbeutung enthalten. Aber neben einer besseren sozialen Absicherung für die Arbeiter_innen würde auch Schwarz- und Grauarbeit in dem Sektor sichtbar gemacht werden. Dementsprechend sind die Chancen gerade in Ländern, in denen der informelle Sektor sehr groß ist, wirklich bedeutend. Und Plattformarbeit hat definitiv auch Chancen, nicht nur Probleme.

KUNDEN

Das Interview führte Svenja Bergt. Sie ist Journalistin in Rerlin

> Enzo Weber ist Leiter des Forschungsbereichs »Prognosen und gesamtwirtschaftliche Analysen« am Institut

für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB, in Nürnberg und Inhaber des Lehrstuhls für Empirische Wirtschaftsforschung an der Universität Regensburg.



So funktioniert die Digital Social Security

SOZIALVERSICHERUNGS

CROWDWORKER

erworbene Ansprüche



PLATTFORM

DSS-Beiträge

DSS-KONTO

Wider die Kultur des Machismus



LGBT+-Rechte sind auch eine Gewerkschaftsaufgabe

Allein 2020 sind 237 gewaltsame Todesfälle von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transvestiten und Transsexuellen in Brasilien registriert worden. LGBT+-Komitees der Internationalen für Öffentlichen Dienste, der PSI, verteidigen die Rechte von LGBT+-Beschäftigten. Das DGB-Bildungswerk unterstützt das Projekt.

Gleich zu Jahresbeginn hatte Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro gehetzt: Die Forderungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transvestiten und Transsexuellen nach einer Gleichstellung seien ein Mittel zur »Zerstörung der Familie«, wetterte der rechtsextreme Politiker. Doch diesmal blieben die Äußerungen auch von Gewerkschaftsseite nicht unwidersprochen.

Mit seiner Homophobie versuche der Präsident, der LGBT+-Community den Zugang zu Beschäftigung, Bildung, Wohnen und Gesundheit zu erschweren, erklärte das brasilianische LGBT+-Komitee des Public Services International (PSI). »Gewalt und Tote sind das Ergebnis solcher Aussagen wie die des Präsidenten«, heißt es in der Anfang Januar veröffentlichten Stellungnahme. Erinnert wird darin an die im Jahr 2020 registrierten 237 gewaltsamen Todesfälle von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transvestiten und Transsexuellen. 224 Menschen wurden ermordet oder Opfer von Totschlag, 13 Fälle waren Suizide.

Das brasilianische LGBT+-Komitee ist eines von fünf subregionalen Komitees, die PSI in Lateinamerika und der Karibik eingerichtet hat. Unterstützt wird sie dabei vom DGB Bildungswerk. »Mit diesen LGBT+-Komitees ist PSI gewerkschaftlicher Vorreiter in der Region«, sagt Jocelio Drummond, der als Regionalsekretär des PSI Amerika für die politische Koordination der Komitees zuständig ist. Ähnliche gebe es zwar auch bei internationalen Gewerkschaften in den USA und Europa, aber bis dato eben nicht in Lateinamerika und der Karibik.

> »Und wir machen Fortschritte.«

Jocelio Drummond, PSI

Public Services International (zu Deutsch: Internationale der Öffentlichen Dienste) ist ein globaler Gewerkschaftsverband des Öffentlichen Dienstes. Ihm gehören mehr als 700 Gewerkschaften an, die rund 30 Millionen Beschäftige in 154 Ländern vertreten. »Wir bringen ihre Stimmen bei den Vereinten Nationen, der ILO, der WHO und anderen regionalen und globalen Organisationen zu Gehör. Wir verteidigen die Gewerkschaftsrechte der Beschäftigten und kämpfen für den universellen Zugang zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen«, schreibt die PSI über sich selbst.

In Lateinamerika leidet die LGBT+-Community vor allem unter der Kultur des Machismus. Der mischt sich in der Karibik zudem mit religiösen Ansichten, die die Diskriminierung noch verschärfen. Homo-, Bi-, Inter- und Transphobien sind gerade in der Karibik, Zentralamerika und den Andenländern stark ausgeprägt. »Als Gewerkschaften können wir die LGBT+-Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht nur organisieren, sondern müssen auch ihre zivilen Rechte verteidigen und gegen ihre Diskriminierung aktiv vorgehen«, so Drummond.

Einmal jährlich kommen die fünf Komitees zusammen. Dann treffen sich die Vertreter_innen aus dem Conosur (Argentinien, Chile, Paraguay und Uruguay), den Andenländern, aus Zentralamerika, der Karibik und Brasilien. Inhaltlich geht es vor allem um bessere Kenntnisse der jeweiligen nationalen und internationalen Gesetzeslage und um Inhalte von Abkommen gegen die Diskriminierung von LGBT+-Personen. »Ohne die finanzielle Unterstützung des DGB Bildungswerks wäre das alles nicht möglich«, so Drummond.

Die Kooperation mit dem DGB Bildungswerk Bund in Deutschland ist ein stetiger Ansporn. »Das verlangt von uns nicht nur, Vorschläge und Aktionen auf die Agenda zu setzen, sondern ermöglicht uns auch, eine Person einzustellen, die diese Agenda vorantreibt«, erklärt Drummond. Das sei besonders wichtig, wenn, wie in Brasilien, eine extrem konservative Regierung an die Macht kommt und das Rad zurückdrehen will. Aber auch, wenn es gilt, bei einer progressiven Regierung Fortschritte bei LGBT+-Anliegen einzufordern.

»Und wir machen Fortschritte«, bekräftigt der PSI-Regionalsekretär. Sei es beim Eintreten gegen die Diskriminierung am Arbeitsplatz, im Kampf gegen die Straflosigkeit bei Gewalttaten gegen LGBT+-Personen oder beim Ringen um die gleichgeschlechtlichen Ehen. »Die Komitees sind in die Entscheidungs- und Machtstruktur des PSI eingebettet«, erklärt er. So sind die Mitglieder der einzelnen subregionalen Komitees zugleich auch politische Vertreter_innen ihrer Region.

Die Folge ist, dass die LGBT+-Komitees von den lokalen Gewerkschaftsführungen nicht mehr als untergeordnetes Grüppchen angesehen werden, deren Themen lediglich als progressive Aushängeschilder dienen. Eine Diskriminierung von LGBT+-Beschäftigten werde innerhalb des PSI sofort angezeigt und die betreffende Gewerkschaft zur Rede gestellt. »Wo die Repräsentanz der LGBT+-Beschäftigten in die Entscheidungsstrukturen integriert ist, sind deren Interessen zugleich Gewerkschaftsinteressen«, resümiert Jocelio Drummond.

Autor: Jürgen Vogt lebt in Buenos Aires. Er berichtet für verschiedene Medien aus den lateinamerikanischen Ländern

Neue Projekt-Datenbank



Projekte der Entwicklungszusammenarbeit funktionieren am besten als Kooperation. Aber wer arbeitet gerade mit wem zusammen? Das Brüsseler Büro der Bildungsinternationalen (BI), des weltweiten

Verbunds der Bildungsgewerkschaften, hat eine Datenbank zu »Development Cooperation Projects« ins Netz gestellt. Sie informiert, in welchen Ländern zu welchen Themen die BI mit Partnern Projekte realisiert oder realisiert hat – von Algerien bis Zimbabwe, von Kinderarbeit über Genderfragen bis zur Privatisierung von Bildung. Ein Handbuch der BI auf Englisch gibt zusätzlich praktische Tipps, wie ein gemeinsames Projekt aussehen kann: Wie erarbeitet man ein Budget? Wie macht man eine Auswertung? Auch Workshops hat die BI im Angebot.

Die Datenbank: https://www.ei-ie.org/en/resources/development-cooperation-projects?page=1 Das Handbuch: https://www.ei-ie.org/en/item/25599: development-cooperation-handbook-a-guide-to-suc-

200 Millionen vom BMZ

cessful-partnerships

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung will zusätzlich 200 Millionen Euro bereitstellen, um den globalen UN-Fonds »Education Cannot Wait« aufzustocken. Der Fonds unterstützt Bildungseinrichtungen in anhaltenden Notsituationen, etwa nach Naturkatastrophen oder kriegerischen Auseinandersetzungen. »Diese Aufstockung ist ein Erfolg auch der langjährigen Lobbyarbeit der Globalen Bildungskampagne«, sagt die GEW-Vorsitzende Maike Finnern. Zur Globalen Bildungskampagne, die in fast 100 Ländern aktiv ist, gehören neben den Gewerkschaften auch Entwicklungs- und Kinderrechtsorganisationen.

https://www.gew.de/internationales/globalebildungskampagne

EU-Entwurf zur Lieferkette

Die EU-Kommission hat ihren Entwurf für eine europaweite Lieferkettenrichtlinie vorgestellt. Er geht in einigen Punkten über das deutsche Gesetz von 2021 hinaus. So soll es alle Unternehmen im EU-Binnenmarkt mit mehr als 500 Mitarbeiter_innen und einem jährlichen Nettoumsatz von 150 Millionen Euro verpflichten, auf die Einhaltung der Menschenrechte bei den Zuliefe-



rern zu achten; in »Risikosektoren« wie Textil, Landwirtschaft und Bergbau sollen die Pflichten bereits für Unternehmen ab 250 Mitarbeiter_innen und einem Nettoumsatz von 40 Millionen Euro gelten. Gewerkschaften hatten gefordert, auch die Bereiche Transport, Bauwesen, Energie und Finanzen als besonders anfällig in Bezug auf Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen zu kennzeichnen. Nun werden weniger als ein Prozent aller Unternehmen in der EU erfasst. »Mit diesem Entwurf legt die EU endlich den Grundstein für weniger Ausbeutung und Umweltzerstörung in den Lieferketten europäischer Unternehmen. Für den großen Wurf müsste die EU aber die heißen Eisen konsequenter anfassen: Sorgfaltspflichten nicht nur für ein Prozent der Unternehmen. Klare klimabezogene Pflichten in der Lieferkette. Und eine Haftungsregelung ohne Schlupflöcher, die endlich Gerechtigkeit für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen schafft«, kommentiert Johannes Heeg, der Sprecher der Initiative Lieferkettengesetz, der auch ver.di angehört. Der Kommissions-Entwurf geht nun im weiteren Verfahren an das Europäische Parlament sowie an den Rat. Wenn sie einmal verabschiedet ist, müssen die EU-Mitgliedstaaten die Richtlinie in nationales Recht umwandeln. Deutschland muss in dem Fall das 2021 verabschiedete Lieferkettengesetz anpas-



Der Entwurf: https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/doing-business-eu/corporate-sustainabilitydue-diligence_en

Plastik-Abkommen in Sicht

Die Umweltversammlung der Vereinten Nationen hat bei ihrer jüngsten Sitzung Anfang März den Weg für ein bindendes Abkommen zur Bekämpfung des Plastikmülls frei gemacht. Mehr als 200 Staaten stimmten für einen ursprünglich von



Peru und Honduras eingebrachten und von Deutschland unterstützten Antrag. Danach sollen die Verhandlungen noch in diesem Jahr beginnen und bis Ende 2024 abgeschlossen sein. Besonders viele Länder im Globalen Süden ächzen unter riesigen Mengen von Nano- und Mikroplastik und ganzen Kunststoffteilen, die die Umwelt belasten und deren Verbrennung die Äcker zusätzlich vergiften. Der Internationale Gewerkschaftsbund IGB/ITUC begrüßte das Abkommen und betonte vor allem die Zielsetzung, die – oft informellen – Beschäftigten in der Plastikindustrie in Transformationsprozesse einzubezie-



Die Resolution: https://www.unep.org/news-and-stories/story/what-you-need-know-about-plastic-pollution-

DGB ruft zu Spenden auf

Angesichts des russischen Einmarschs in die Ukraine haben der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften ihre Mitglieder zu Spenden aufgerufen. So soll den vor Krieg und politischen Repressionen Geflüchteten geholfen werden. Der Verein »Gewerkschaften helfen e. V.« hat dafür ein Spendenkonto unter dem Stichwort »Gewerkschaftliche Ukraine-Hilfe« eingerichtet.



Spendenkonto: Gewerkschaften helfen e. V., Nord LB IBAN: DE40 2505 0000 0151 8167 90 BIC: NOLADE2HXXX

Stichwort: Gewerkschaftliche Ukraine-Hilfe

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e. V. Vorsitzende: Elke Hannack Geschäftsführerin: Claudia Meyer Verantwortlich: André Edelhoff Projektleitung: Valerie Franze Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms Satz: Heiko von Schrenk/schrenkwerk.de

DGB Bildungswerk BUND e. V. Nord | Süd-Netz Franz-Rennefeld-Weg 5 40472 Düsseldorf

Tel.: 0211/4301-329 Fax: 0211/4301-500 nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

www.dgb-bildungswerk.de www.nord-sued-netz.de

ISSN 2748-9841

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeb verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des





Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

